

Inden prüft den Platz für Photovoltaik-Anlagen

Dächer von gemeindlichen Gebäuden als Standorte

Inden. Sobald das Thema Energiegewinn im Indener Gemeinderat auf den Tisch kommt, löst es Diskussionen auch. So auch rund um das Thema Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von gemeindeeigenen Gebäuden. Die große Koalition aus CDU und SPD hat den Antrag gestellt, dass die Gemeindeverwaltung prüfen soll, ob auf den Dächern Photovoltaik-Anlagen installiert werden können. Prinzipiell sind alle Fraktionen im Rat dafür. Das zeigte der Ratsbeschluss. Aber...

Der Antrag war gleichzeitig eine energische Stellungnahme der Koalition zum Thema Windräder. Die Gemeinde Inden habe mit dem Braunkohlentagebau bereits mehr als genug Opfer gebracht. Deswegen sei das Aufstellen von Windrädern keine Option für Inden. „Windenergie hat hier keinen Platz“, sagte Josef Johann Schmitz (SPD). Damit bezog er sich auf das aufgrund des Tagesbaus tatsächlich stark reduzierte Platzangebot als auch auf die vermeintlich fehlende Bereitschaft der Bevölkerung, Windräder zu akzeptieren. „Wir sind gegen die generelle Ablehnung von Windenergie“, sagte Hella Rehfisch von den Grünen. „Aber wir sind gegen Rodungen“, machte sie deutlich, dass aus Sicht der Grünen kein Wald abgeholzt werden darf, damit Windräder aufgestellt werden können. Damit schließen sich die Grünen zumindest dem geologischen Platzproblem für solche Anlagen in Inden an.

Lange diskutiert wurde, ob die kreiseigene Gesellschaft Rurenergie als Ansprechpartner dienen soll. „Ich finde das vergaberechtlich bedenklich, dass im Antrag schon der Partner benannt wird“, sagte Herbert Schlächter von den Unabhängigen Demokratischen Bürgern (UDB). Die Vertreter der großen Koalition teilten diese Bedenken nicht. „Wir sprechen nur mit unserem Partner über die Möglichkeiten. Um mehr geht es hier nicht“, sagte Reinhard Marx (CDU) und Schmitz fügte hinzu, dass es sinnvoll sei, sich des Know-hows der Rurenergie zu bedienen.

Bürgermeister Ulrich Schuster schilderte die Auffassung innerhalb der Verwaltung zum Thema Photovoltaik. „Wir wollen das.“ Dann machte er den Vorschlag, dass die Verwaltung beauftragt wird, das Thema mit der Rurenergie zu prüfen. „Die Vergabe erfolgt dann anschließend an den, der das beste Angebot macht“, sagte Schuster weiter. Mit dieser Trennung von Prüfung und Vergabe stimmte der Rat schließlich einstimmig zu. (jan)

Jülicher Nachrichten vom 12. Nov. 2014